

Der Holocaust wird zum
negativen Gründungsmythos
des Kontinents

Deutschland im Schnittpunkt europäischer Geschichtszonen

Eckart Conze

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hat vor einigen Jahren der Politikwissenschaftler Jerzy Mackow die Forderung erhoben, analog zum Nationalismus im neunzehnten Jahrhundert eine „europäische Idee“ zu entwerfen, die er „Europäismus“ genannt hat. Um durch Rückgriff auf die Geschichte eine gemeinsame Identität jenseits von „einem Haufen von nationalen Erzählungen und Legenden“ zu schaffen, müssten die Europäer europäische Geschichte lernen und verstehen.

Die Europäische Union selbst hat sich das Ziel einer in diesem Sinne historischen Legitimation der europäischen Integration und der Europäisierung bislang nicht zu eigen gemacht; und sie hat – man muss wohl sagen zum Glück – bislang keine Strategien für eine europäische Geschichtspolitik entwickelt. Im Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents aus dem Jahr 2003 gab es Anspielungen auf die „kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen“, die eine Wertegemeinschaft begründen, sowie auf die Notwendigkeit, trotz des Stolzes auf die „nationale Identität und Geschichte [...] die alten Trennlinien zu überwinden“. Der Verfassungsentwurf enthielt auch eine Absichtserklärung, „zur Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker“ einen Beitrag leisten zu wollen.

Wer konzeptionell über eine „kritische Geschichte Europas“ nachdenkt, der muss sich nicht zuletzt mit den Differenzen der europäischen Erinnerung auseinander-

setzen, so wie sie bis heute wirken. Es handelt sich dabei um divergierende Erinnerungen, die über weite Strecken – und gerade mit Blick auf das zwanzigste Jahrhundert – einerseits national ausgeformt sind, die sich aber andererseits auch beziehen auf die transnationalen, aber nicht automatisch gesamteuropäischen Erfahrungen mit den totalitären Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts, mit den Erfahrungen von Unterdrückung, von Krieg und Völkermord. Es geht um unterschiedliche, um uneinheitliche Erinnerungen mit ganz verschiedenen Referenzebenen. Die historischen Meistererzählungen der Nationen im europäischen Haus, so hat Martin Sabrow kürzlich betont, „unterscheiden sich markant nach deren Rolle als Sieger- und Verliererstaaten im Zweiten Weltkrieg, als besetzte und neutrale Länder, als Kollaborations- und Widerstandsländer“, so fließend die Grenzen oftmals gewesen sein mögen.

Dass Europa in der Erinnerung an die beiden ideologisch bestimmten diktatorischen Regime des zwanzigsten Jahrhunderts keineswegs vereint, sondern tief gespalten ist, dass die europäische Erinnerungslandschaft von einem um den Holocaust und einem um den Gulag zentrierten Geschichtsbewusstsein beherrscht und daher tief zerklüftet ist, zeigen die aufgebrachten Reaktionen auf die Rede der lettischen Politikerin Sandra Kalniete, die auf der Buchmesse in Leipzig 2004 die totalitären Regime des Nationalsozialismus und des Kommunismus „gleichermaßen verbrecherisch“ nannte.

Deutschland gehört vor diesem Hintergrund zwei europäischen Geschichtszonen an. Ist deshalb, so könnte man fragen, die Entwicklung der Erinnerung in Deutschland besonders europäisch? Ost- und Westdeutsche teilen die Erinnerung an den Nationalsozialismus, an den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust, auch wenn die Zahl derer, die unmittelbare Erinnerungen an die 1930er- und 1940er-Jahre haben, immer geringer wird. Und natürlich ist die Erinnerung an den Nationalsozialismus auch dadurch bestimmt, welche historischen und politischen Einordnungen der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer Verbrechen in den Jahren und Jahrzehnten nach 1945 im öffentlichen Raum von Bundesrepublik und DDR gepflegt wurden und dominierten.

Die Erinnerung an die DDR und an die kommunistische Herrschaft in Ostdeutschland hingegen teilen Ost- und Westdeutsche nicht. Oder besser: Der unmittelbaren, von eigenen biografischen Erfahrungen geprägten Erinnerung der Ostdeutschen steht die aus in der Regel distanzierter Beobachtung gewonnene Erinnerung der Westdeutschen an die DDR gegenüber: die Erinnerung an einen anderen Staat, eine andere Gesellschaft, eine andere Geschichte.

Ungleichzeitigkeit des deutschen Gedächtnisses

Gibt es vor diesem Hintergrund so etwas wie eine gemeinsame deutsche Erinnerung, in der man dann zugleich die Ansätze einer europäischen Erinnerung erkennen könnte? Vermutlich sind wir selbst auf deutscher Ebene davon weit entfernt. Die Deutschen sind in ganz besonderer Weise mit der Ungleichzeitigkeit ihres Gedächtnisses konfrontiert. In fast verblüffender Weise lässt sich diese Ungleichzeitigkeit mit jenen Gedächtnistheorien in Übereinstimmung bringen, die nicht zuletzt von Jan Assmann auch in

Anknüpfung an Maurice Halbwachs entwickelt worden sind. Nach rund vier bis fünf Jahrzehnten geht danach das kommunikative Gedächtnis in das kulturelle Gedächtnis über. Und in der Tat lassen sich in der Bundesrepublik der 1990er-Jahre viele Hinweise darauf finden, dass individuelle Erinnerungen an Nationalsozialismus und Holocaust immer stärker zu verblassen, ja zu verschwinden begannen und dass nicht zuletzt durch die Anstrengungen der Miterlebenden sich ein kulturelles Gedächtnis herauszubilden begann, in dessen Zentrum die Erfahrung des Holocaust steht. Das bildete sich auch in der Geschichtsschreibung ab. Die Geschichte der Bundesrepublik wurde nun immer stärker geschrieben als die Geschichte des erfolgreichen, des geglückten Versuchs, in dem westdeutschen Staat einen Gegenentwurf zu begründen zu nationalsozialistischer Diktatur, Krieg und Völkermord. Doch der interpretatorische Fluchtpunkt der erfolgsgeschichtlichen Darstellungen war nicht das Jahr 1945, sondern das Jahr 1990, und die deutsche Vereinigung wurde als gleichsam ultimative Bestätigung der westdeutschen Erfolgsgeschichte betrachtet.

Das war in der früheren Bundesrepublikhistoriografie durchaus anders gewesen: Bis mindestens zum Ende der 1970er-Jahre galt der westdeutschen Zeitgeschichtsschreibung der Erfolg der Bundesrepublik keineswegs als ausgemacht. Das Jahr 1945 und der Nationalsozialismus lagen – nicht nur zeitlich – viel näher. Die Geschichte der Bundesrepublik wurde bis in die 1980er-Jahre hinein geschrieben als Geschichte „ausgebliebener Katastrophen“, und immer schwang die skeptische Einschätzung mit, dass es durchaus auch hätte anders kommen können angesichts der deutschen „Vergangenheitshypothek“ und der Belastung durch die Spaltung Deutschlands. Dennoch: Bis 1990 hatte sich das west-

deutsche Gedächtnis – und es war ja zugleich Teil des westeuropäischen Gedächtnisses –, bezogen auf den Nationalsozialismus, weithin gefestigt.

Die Vergangenheit der DDR

Bezogen auf die DDR – auch als Teil der kommunistischen Vergangenheit Osteuropas –, ist das deutsche Gedächtnis auch zwanzig Jahre nach der Vereinigung indes keineswegs gefestigt, ist der Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis keineswegs vollzogen. Die Erfahrung der DDR liegt noch nicht lange zurück, sie ist unmittelbar präsent und in den konkreten Erinnerungen der Mitlebenden und in ihren Biografien noch höchst lebendig. Die DDR ist untergegangen. Sie lebt aber nicht nur in der Erinnerung fort, sondern auch – und immer wieder in heftigen Aufwallungen – in Geschichtspolitik und Geschichtskultur. Doch mehr noch: Die ehemaligen Bürger der DDR, die Ostdeutschen, sie sind mit ihren individuellen Erfahrungen und Prägungen zu Bürgern der Bundesrepublik geworden. Was aber bedeutet das für die Geschichte des vereinigten Deutschland seit 1990? „16 Millionen Menschen mit anderer Vergangenheit, anderer politischer Mentalität und Kultur werden es kaum schaffen, die übrigen 64 Millionen mit ihren westdeutschen Erfahrungen grundlegend zu verändern“, behauptete schon in den 1990er-Jahren Hans-Ulrich Wehler. Wird ein solches, auf Sieg oder Niederlage zielendes Nullsummenspiel der Entwicklung nach 1990 überhaupt gerecht? Und was bedeutet eine solche Feststellung für die Erinnerung der Deutschen und für ihre Geschichtsbilder?

Es war bezeichnend, dass die Erforschung der DDR und ihrer Geschichte zunächst nicht nur durch die Geschichtswissenschaft und die historisch interessierten Sozialwissenschaften angestoßen und betrieben wurde, sondern auch aus dem politischen Raum. Der Deutsche

Bundestag setzte 1992 bekanntlich eine Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ ein, die für weite Bereiche der DDR-Forschung wichtige Grundlagenarbeit leistete.

Dass der Bundestag nur zwei Jahre nach dem Ende der DDR eine geschichtspolitische Kommission einsetzte, hat viel mit dem breit geteilten Willen zu tun, aus den Fehlern im Umgang mit der NS-Vergangenheit nach 1945 zu lernen. Die DDR-Vergangenheit sollte nicht verdrängt werden, sie sollte offensiv thematisiert werden, und die Politik sollte dabei an der Spitze stehen. Es ist bemerkenswert, wie uneuropäisch die deutsche Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit nach 1990 war – und eigentlich bis heute geblieben ist. Sicher, man stellte die Herrschaft der SED, ihre Etablierung, ihre Stabilisierung und ihren Niedergang, in den Kontext der Sowjetisierung der östlichen Hälfte Europas nach 1945 und betonte den formativen Rahmen der sowjetischen Hegemonie. Aber in der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung fällt bis heute der Blick doch eher selten in vergleichender Perspektive auf die Entwicklungen in Polen oder der Tschechoslowakei, sondern, wenn überhaupt, in diachroner Perspektive auf den Nationalsozialismus beziehungsweise auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit nach 1945. Das ist – aus deutscher Sicht – nachvollziehbar, bedeutet aber für eine Europäisierung der Erinnerung ein Problem.

Vor diesem Hintergrund erfuhr bekanntlich auch die Totalitarismus-Theorie eine spürbare Renaissance. Das Totalitarismus-Konzept diente nach 1990 erneut als analytische Folie für den Vergleich zwischen „Drittem Reich“ und DDR. In der Tat wirkte der vergleichende Blick erhellend, und auch das moralische Urteil über die DDR, das er implizierte, war nicht nur aus der Sicht von west-

deutschen Antikommunisten und Angehörigen der DDR-Opposition legitim. Aber waren der Totalitarismus-Ansatz und der Vergleich mit dem Nationalsozialismus wirklich geeignet, ein umfassendes Bild der DDR, ihrer Gesellschaft und der Handlungsmöglichkeiten der Menschen in dieser Gesellschaft entstehen zu lassen? Nicht nur politische Verurteilung, sondern auch eine kritische Historisierung der DDR schien erforderlich. Einige Historiker versuchten dem mit Begriffen wie „durchherrschte Gesellschaft“ (Jürgen Kocka), „Fürsorgediktatur“ (Konrad Jarausch) oder „Konsensdiktatur“ (Martin Sabrow) Rechnung zu tragen. Doch solche terminologischen und zugleich konzeptionellen Angebote hatten keine über Deutschland und die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit hinausreichende Wirkung. Eine europäische Debatte haben sie nicht ausgelöst, ja nicht einmal nach Osteuropa strahlten sie ernsthaft aus. Welches aber sind die leitenden Begriffe und analytischen Konzepte, die gerade auch im wissenschaftlichen Kontext eine transnationale, eine europäische Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Herrschaft im Osten Europas ermöglichen könnten? Hier liegt eine dringende Aufgabe für eine europäische Zeitgeschichtsforschung, die nicht nur die politische Urteilsbildung nacharbeitet.

Die Frage nach der DDR-Erinnerung hat bis heute nicht aufgehört, Wissenschaft und Öffentlichkeit umzutreiben. Die Debatten über die DDR und ihre Geschichte, über den Charakter der Diktatur und die Herrschaft der SED lagen – und liegen – im Zentrum des allgemeinen politischen Diskurses der Bundesrepublik. Das Bild der DDR und des Kommunismus hat entscheidende Bedeutung für die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung über Wirtschafts- und Sozialpolitik, auch für die Auseinanderset-

zung mit den Entwicklungen des Kapitalismus, die in den letzten Jahren nicht zuletzt angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise und heftiger Neoliberalismuskritik an Schärfe zugenommen hat. Das ist eine europäische Entwicklung. Sie hat aber in der Bundesrepublik durch die Verbindung mit der Auseinandersetzung über die DDR-Vergangenheit eine besondere Qualität gewonnen, die sie so insbesondere im Westen Europas nicht hat.

Der Holocaust: nationale und universale Erinnerung

Über die Jahrzehnte hinweg war die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit für die Bundesrepublik und ihre Gesellschaft geradezu konstitutiv gewesen. Nun aber existierte wieder ein deutscher Nationalstaat, und schon im Begriff „Wiedervereinigung“ deutete sich der politische Rückbezug auf den 1945 untergegangenen deutschen Nationalstaat, das Deutsche Reich, an. Allein daraus ergab sich eine neue Dimension der Erinnerung an die deutsche Nationalgeschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts, an die Geschichte des Nationalsozialismus und insbesondere an den Holocaust. Die Fragen, die im Historikerstreit wenige Jahre zuvor in aller Schärfe aufgeworfen worden waren, stellten sich jetzt angesichts der deutschen Einheit erneut. In der Bundesrepublik war spätestens in den Achtzigerjahren die kompromisslose Abgrenzung vom NS-Regime und seinen Massenverbrechen zum entscheidenden Bestandteil bundesrepublikanischer Identität geworden.

Weniger als je zuvor war freilich seit den 1990er-Jahren die Erinnerung an den Nationalsozialismus und vor allem an den Holocaust Sache der Deutschen allein. Gewiss, auch in früheren Dekaden tauchten die nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen punktuell in nationalen Erinnerungskulturen auf, doch

nach 1990 kam es nicht nur zu einer Europäisierung, sondern zu einer regelrechten Universalisierung der Geschichtsbilder des Holocaust, der nun gleichsam in das Menschheitsgedächtnis einging. Symbolisch dafür steht das *United States Holocaust Memorial Museum* in Washington, das 1993 eröffnet wurde, aber auch die Tatsache, dass seit Mitte der Neunzigerjahre weit über Deutschland hinaus eine ganze Reihe von Staaten den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, zum Holocaust-Gedenktag erklärte, so wie es Bundespräsident Roman Herzog 1995 für Deutschland tat.

In den Tagen um den 27. Januar 2000 versammelten sich in der schwedischen Hauptstadt Stockholm 22 Regierungschefs aus ganz Europa, unter ihnen der deutsche Bundeskanzler, gaben nicht nur Erklärungen zum Holocaust ab, sondern versicherten in einer beinahe sakral anmutenden Zeremonie auch, für alle Zeit gegen Genozid, Gewalt und Diskriminierung zu kämpfen. Der politische Bezug des Stockholmer Treffens und seiner Deklarationen ist unverkennbar. Das Ende des Ost-West-Gegensatzes hatte nicht nur in Europa blutige ethnisch-nationale Konflikte, die über viele Jahrzehnte gleichsam stillgelegt gewesen waren, aufbrechen lassen, sondern die neue internationale Konstellation schien auch Interventionen insbesondere der europäischen Staaten gegen genozidale Gewalt, ob nun im ehemaligen Jugoslawien oder in Afrika, zuzulassen, und der Bezug auf den Holocaust lieferte dafür die Legitimation. In der Bundesrepublik brachte keiner dieses Argument deutlicher vor als Außenminister Joschka Fischer, als er Anfang 1999 die Beteiligung der Bundesrepublik an NATO-Kampfeinsätzen gegen Serbien begründete.

Doch der Holocaust erfüllte vor diesem Hintergrund noch eine zweite Funk-

tion, und zwar insbesondere für die europäische Integration. Er diente als ein negativer europäischer Gründungsmythos, der nach 1990 an Gewicht gewann, weil die ost- und ostmitteleuropäischen Staaten an den westeuropäischen Gründungsmythen der europäischen Einigung nach 1945 und vor allem an der mythenstiftenden Erfolgsgeschichte der Integration nur schwer partizipieren konnten. Der Bezug auf den Holocaust bot sich als gesamteuropäischer Mythos geradezu an, weil er in Vergangenheit und Zukunft zugleich wies und weil er die Kraft hatte, die Spaltung des Kontinents und unterschiedliche Geschichtserfahrungen zu überwinden.

Für die Deutschen war es eine durchaus zwiespältige Erfahrung zu sehen, wie sich die Erinnerung an den Holocaust verselbstständigte, abstrahierte und zunehmend universalisierte. Bestand nicht die Gefahr, dass sich die Erinnerung immer stärker von den realen Geschehnissen löste? War es nicht möglich, dass durch die Universalisierung der Erinnerung der Holocaust gleichsam ohne die Deutschen und ihre Verbrechen gedacht werden konnte? Nicht nur angesichts der politischen Entwicklungen seit 1990, sondern auch angesichts der weltweiten kommunikativen und medialen Vernetzung war die Universalisierung des Gedenkens an den Holocaust geradezu zwangsläufig. Die Erinnerung wurde global, sie wurde menschheitlich.

Zusammen mit dem Generationenwechsel von der Erlebens- und Überlebensgeneration zur Generation der Nachgeborenen lag darin der doppelte Quantensprung von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im ausgehenden zwanzigsten und im beginnenden einundzwanzigsten Jahrhundert, und auch die Probleme wie die Chancen einer europäischen Erinnerung sind aus deutscher Sicht in diesen Entwicklungen angelegt.